

## **F-1-B Nachtragshaushalt**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 01.08.2021  
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

### **Antragstext**

- 1 Den Nachtragshaushalt findet ihr in der Wolke:
- 2 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/36230364>

## **S-1-B So bauen wir eine Welt, die Zukunft hat - Fahrplan für den Politikwechsel**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 31.07.2021  
Tagesordnungspunkt: S Strategien für die Grüne Jugend

### **Antragstext**

#### **1 Regieren dann, wenn sich wirklich was verändert**

2 Die Notwendigkeit für einen Politikwechsel war noch nie so groß: 16 Jahre  
3 Stillstandspolitik durch die CDU im Bundeskanzler\*innenamt haben zu immer mehr  
4 sozialer Spaltung, kaputtgesparter öffentlicher Versorgung und  
5 zukunftsfeindlicher Klimapolitik geführt. Merkel, Seehofer und Co. unterstützen  
6 eine Politik der Abschottung, die an den europäischen Außengrenzen Tag für Tag  
7 Menschenleben kostet. Gleichzeitig haben die letzten 16 Jahre Politik der  
8 Bundesregierung dafür gesorgt, dass kurzfristige Profite wichtiger waren, als  
9 die Fragen der Zeit endlich in die Hand zu nehmen.

10 Die Krisen dieser Zeit könnten nicht größer sein. Die nächsten vier Jahre werden  
11 entscheidend sein, um diese Krisen anzugehen und zu bekämpfen. Die CDU ist  
12 hauptverantwortlich für eine Politik, die Krisen verschärft, statt sie  
13 abzuwenden. Diese Politik werden wir nicht unterstützen.

14 In diesem Wahlkampf zeigen wir, was alles besser laufen kann, wenn man nur will:  
15 Politik muss in den nächsten Jahren endlich wieder Visionen und zukunftsfähige  
16 Politik in den Mittelpunkt stellen, anstatt an der Vergangenheit festzuhalten.  
17 Es fehlt nicht an Konzepten oder Ideen, es fehlt an guter Politik, die diese  
18 umsetzen will. Und deswegen nehmen wir die bessere Politik diesen Sommer in die  
19 Hand: wir kämpfen für eine Politik, die niemanden mehr zurücklässt und mutig mit  
20 den Menschen gemeinsam in die Zukunft geht!

#### **22 Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel**

23 Wir stehen für eine Gesellschaft ein, die sich an den Bedürfnissen der Vielen  
24 und nicht an den Profiten der Wenigen orientiert. Der Status Quo gefährdet im  
25 Hier und Jetzt das Wohlergehen breiter Teile der Gesellschaft durch einen  
26 löchrigen Sozialstaat, eine Arbeitsmarktpolitik, die niedrige Löhne zum Alltag  
27 macht, durch kaputtgesparte Daseinsvorsorge und auch langfristig durch die

28 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wir werden eine Koalition nur dann  
29 mittragen, wenn sich die Lebensverhältnisse von Menschen spürbar verbessern und  
30 die notwendigen Schritte beim Schutz unserer Lebensgrundlagen gegangen werden .  
31

### 32 **Wir sind mehr wert!**

34 Ob das nach Profitlogiken ausgerichtete Gesundheitssystem, stillgelegte  
35 Bahnverbindungen, marode Schulen oder unterfinanzierte Kommunen ohne  
36 Handlungsspielraum: Das Sparen an der Versorgung mit dem, was wir zum Leben  
37 brauchen, verschlechtert unsere Lebenssituation in Gegenwart und Zukunft.  
38 Die nächste Bundesregierung muss Geld in die Hand nehmen, um Investitionen in  
39 unsere Gesellschaft zu tätigen und darauf hinarbeiten, dass ein gutes Leben  
40 nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Das muss insbesondere in ostdeutschen  
41 Bundesländern passieren, um innerdeutsche Ungleichheiten zu überwinden und  
42 strukturschwache Regionen zu Gewinnern der sozial-ökologischen Transformation zu  
43 machen.  
44

45 In die Zukunft zu investieren bedeutet auch, starke soziale Sicherheitsnetze  
46 aufzubauen und zu gewährleisten, dass niemand mehr unter schlechten Bedingungen  
47 arbeiten muss. Deswegen muss die nächste Bundesregierung die Fehler der Agenda  
48 2010 korrigieren: Um Profite zu sichern, wurde der Sozialstaat abgebaut, Löhne  
49 gedrückt und Arbeiter\*innenrechte geschwächt. Das Ergebnis ist unter anderem der  
50 größte Niedriglohnsektor Europas, der insbesondere migrantische Arbeit abwertet  
51 und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verschärft. Vor allem im  
52 Dienstleistungssektor sorgt die weitreichende Flexibilisierung für schlechte  
53 Arbeitsbedingungen.  
54

55 Die nächste Bundesregierung muss diesen Niedriglohnsektor zurückdrängen. Dafür  
56 müssen sowohl die Löhne deutlich steigen, als auch Gewerkschaften und die Rechte  
57 der Arbeiter\*innen deutlich gestärkt werden. Niemand darf in Armut leben müssen,  
58 auch nicht arbeitslose Menschen und Familien mit geringem Einkommen. Diesen  
59 Anspruch werden wir auch in die so dringend notwendige Klimapolitik der nächsten  
60 Bundesregierung tragen: denn unser Klimaschutz ist sozial gerecht und wird  
61 niemanden alleine stehen lassen: Her mit den wirkungsvollen und sozial gerechten  
62 Maßnahmen anstatt Arbeiter\*innen und Klima gegeneinander auszuspielen. Das wird  
63 unser Ansporn für eine sozial-ökologische Transformation sein.  
64

65 Dabei ist uns wichtig, dass auch die innerdeutschen Unterschiede endlich  
66 überwunden werden. Dazu gehört, dass Menschen in den ostdeutschen Bundesländern  
67 endlich die gleiche Bezahlung und die gleiche Rente wie Kolleg\*innen in  
68 westdeutschen Bundesländern bekommen. Eine Maßnahme dafür muss sein, dass  
69 Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern besser in öffentlichen Gremien und  
70 dem Kabinett auf Bundesebene vertreten sind. Die Strukturstärkung gerade der  
71 Kohleausstiegsregionen und ländlichen Räume sollte von der nächsten  
72 Bundesregierung endlich mit höchster Priorität behandelt und besonders die  
73 ostdeutschen Regionen, allen voran die Lausitz, bei der sozial-ökologischen  
74 Transformation unterstützt werden. Dafür braucht es insbesondere massive

75 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in strukturschwachen Regionen,  
76 auch damit es für junge Menschen attraktiv ist, langfristig dort zu bleiben.  
77 Die Klimawende darf nicht, wie die Wende vor 30 Jahren, dazu führen, dass  
78 tausende Menschen auf der Strecke bleiben.

### 79 **Pariser Klimaabkommen ohne Wenn und Aber**

80 Die Klimakrise ist allgegenwärtig: Ein Hitzesommer nach dem anderen,  
81 Ernteaufschläge durch Dürren, Überschwemmungen, unkontrollierbare Brände und  
82 Menschen, die ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen verlieren werden. Für uns  
83 ist klar: Wir müssen unsere Politik endlich auf den 1,5-Grad-Pfad bringen und  
84 alles tun, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern. Das heißt: Die nächste  
85 Bundesregierung hat die Pflicht, konkrete Schritte zu definieren, wie  
86 Deutschland seiner historischen Verantwortung gerecht werden kann und auf den  
87 1,5-Grad-Pfad kommt. Eine Bundesregierung mit grüner Beteiligung muss endlich  
88 dafür sorgen, dass notwendige Maßnahmen umgesetzt werden: Dafür brauchen wir  
89 einen konkreten Plan für 100% Erneuerbare Energien, die Dekarbonisierung des  
90 Verkehrssektors und eine klimaneutrale Landwirtschaft. Investitionen und  
91 Subventionen in fossile Infrastruktur müssen endlich der Vergangenheit  
92 angehören.

### 93 **Für gleiche Rechte und eine starke Zivilgesellschaft!**

94 Das Erstarken der AfD, der enorme Anstieg rechter Gewalt und nicht zuletzt die  
95 rassistischen Anschläge in Hanau, Halle und Kassel haben auf erschütternde Weise  
96 gezeigt, welche Gefahren vom Rechtsextremismus ausgehen. Politik muss sich  
97 entschlossener gegen Menschenfeindlichkeit und rechten Terror stellen. Die  
98 nächste Bundesregierung wird daher auch am Kampf gegen Rechts gemessen werden.  
99 Dazu gehört auch, rechte Tendenzen in Sicherheitsbehörden nicht mehr  
100 schönzureden, sondern entschlossen zu bekämpfen.

101  
102 Ob Flüchtlingsräte, Demokratiprojekte, queere Zentren oder Beratungsstellen  
103 gegen Hass im Netz: Engagement braucht Unterstützung. Die Zivilgesellschaft muss  
104 endlich gestärkt werden, statt sie durch den Verfassungsschutz zu  
105 kriminalisieren und ihnen durch bürokratische und finanzielle Hürden Steine in  
106 den Weg zu legen.

107 Rassismus, Sexismus, Queer- und Transfeindlichkeit, Antisemitismus und andere  
108 menschenfeindliche Ideologien greifen tagtäglich das Leben und die Würde von  
109 Menschen an. Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihr Handeln danach  
110 ausrichtet, diese Ideologien zu bekämpfen und mit aller Entschlossenheit dagegen  
111 vorgeht. Die Leitlinie muss eine Gesellschaft sein, an der alle Menschen  
112 gleichberechtigt teilhaben können.

### 113 **Kein Mensch ist illegal!**

114 An den europäischen Außengrenzen gibt es keine Rechtsstaatlichkeit mehr: In  
115 Massenlagern werden Menschen unter unwürdigen Bedingungen zusammengepfercht, auf  
116 dem Festland werden Schutzsuchende von Grenzbeamt\*innen misshandelt und grausam  
117 abgewiesen und das Mittelmeer wurde in den letzten Jahren zur tödlichsten Grenze  
118 der Welt.

119 Die nächste Bundesregierung muss deshalb alles tun, um den Rechtsbruch und das  
120 Leid zu beenden. Jeder Mensch, der europäische Grenzen passiert, muss Zugang zu  
121 einem Asylverfahren bekommen. Die Abschottung Europas ist keine Option,  
122 Geflüchtete sind keine Verhandlungsmasse. Europäische Außengrenzpolitik muss als  
123 oberstes Ziel haben, dass Menschenleben gerettet werden.

124 **Jetzt gilt's!**

125 In den nächsten Monaten kämpfen wir auf den Straßen mit unserer Kampagne für  
126 einen grundlegenden Politikwechsel. Nach der Wahl werden wir den Wahlausgang,  
127 unter anderem auf dem Bundeskongress, breit im Verband debattieren und uns dann  
128 entscheiden, wie wir zu möglichen Sondierungsergebnissen stehen. Wir werden uns  
129 auf der Straße in Bündnissen, im Parlament und in der Partei für diesen  
130 Politikwechsel starkmachen.

131 Der Kampf für eine gerechtere Politik wird uns dabei stets vorantreiben.

## **T1 Tagesordnung**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 31.05.2021  
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung und Fomalia

### **Antragstext**

- 1 die Tagesordnung sieht folgende Punkte vor:
- 2 TOP 1: Tagesordnung und Formalia
- 3 TOP 2: aktuelle politische Lage
- 4 TOP 3: Strategien für die Grüne Jugend
- 5 TOP 4: Finanzen
- 6 TOP 5: Fachforen
- 7 TOP 6: Verschiedenes

**V-1-B Keine Profite mit der Pandemie!**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 01.08.2021  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

**Antragstext**

1 Spätestens seit sich im Mai 2021 die USA, Australien und Neuseeland der  
2 Forderung nach einer Aussetzung der Patente auf Corona-Impfstoffe anschlossen,  
3 wurde es einsam um die Blockadehaltung der EU: Der Rest der Welt hat längst  
4 verstanden, dass es eine schlechte Idee ist, Profitraten von Pharmakonzernen  
5 über das Leben von Menschen zu stellen.  
6

7 Immer wieder zeigte sich in den letzten Monaten, wie konkret Marktlogiken einen  
8 solidarischen und bedürfnisorientierten Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen  
9 verhindern: Während private Kontakte und Freizeitmöglichkeiten immer weiter  
10 eingeschränkt und mit hohen Strafen belegt wurden, blieben wirksame  
11 Arbeitsschutzmaßnahmen meist aus: Wirtschaftsinteressen hatten immer Priorität  
12 vor menschlichen Interessen. Während dringend benötigte Hilfszahlungen für  
13 ärmere Haushalte oft Monate dauerten oder gar nicht erst zur Debatte standen,  
14 waren die Milliarden für TUI oder die Lufthansa schnell zusammen. Der gleichen  
15 Logik folgt nun die Bekämpfung der Pandemie selbst: Um die Gewinne von Biontech  
16 und Co. nicht zu gefährden, werden Produktionskapazitäten für den Impfstoff  
17 weiter künstlich verknappt. Ohne einer Aussetzung der Patente werden viele  
18 Länder frühestens 2023 flächendeckenden Zugang zu Impfstoffen haben. Das ist  
19 nicht nur für die Menschen in den betroffenen Staaten eine Katastrophe, sondern  
20 für uns alle: Je verbreiteter das Virus ist, desto größer ist die Gefahr immer  
21 neuer Mutationen – die dann auch bereits erreichte Herdenimmunitäten wieder  
22 zunichte machen. Die Pandemie ist erst besiegt, wenn sie global besiegt ist.  
23 Vor allem aber ist die globale Versorgung mit sicheren und wirksamen Impfstoffen  
24 schlicht eine Frage der Gerechtigkeit: Gesundheit darf kein Gut sein, das  
25 reichen Ländern vorenthalten bleibt. Der Weg dorthin ist eine politische Frage.  
26 Der erste Schritt dahin ist umfassende Transparenz über Produktionskosten, die  
27 Sicherheit von Impfstoffen und Medikamenten sowie die Offenlegung von Verträgen,  
28 die mit pharmazeutischen Unternehmen geschlossen wurden.

29 Das sogenannte TRIPS-Waiver-Abkommen regelt den Umgang mit Patentrechten von  
30 Impfstoffen. Wir unterstützen die von Indien und Südafrika gestellten  
31 Sonderanträge, das Abkommen auszusetzen für alle Patente und Informationen, die  
32 zur Bekämpfung der Coronapandemie notwendig sind. Nach erteilter Freigabe ist

33 der Aufbau zusätzlicher Kapazitäten in der Impfstoffproduktion eine Frage von  
34 wenigen Monaten. Angesichts der Aussicht, dass die meisten Länder der Welt  
35 derzeit noch Jahre auf ausreichende Impfstofflieferungen warten müssen, ist die  
36 Öffnung der Patente somit der entscheidende Faktor in der Frage, wann die  
37 Pandemie zuende ist.

38 Die Rolle gewinnorientierter Produktion in der Pandemie hat damit tieferegehende  
39 Notwendigkeiten aufgezeigt: Patente auf medizinische Produkte bedeuten nichts  
40 anderes, als lebensrettendes Wissen bewusst unter Verschluss zu halten. Es  
41 braucht eine grundlegende Reform des Patentrechts mit dem Ziel,  
42 Gemeinwohlinteressen zu stärken. Nur so kann der nötige Wandel zu einem  
43 kooperativeren Umgang mit Wissens- und Technologietransfer geschehen. Bisherige  
44 freiwillige Angebote sind der Markt- und Profitlogik entsprechend gescheitert.

45 Das bedeutet: Forschung, die insbesondere durch öffentliche Gelder gefördert  
46 wurde, muss auch ein öffentliches Gut sein und dem Allgemeinwohl dienen - nicht  
47 den Profiten von einigen Wenigen. Die Forschung und Beschaffung im  
48 Gesundheitsbereich muss deshalb umgestellt werden: Statt weiter profitorientiert  
49 zu forschen, müssen die Bedürfnisse von Menschen in den Mittelpunkt rücken.  
50 Impfstoffe und Medikamente müssen globale öffentliche Güter werden. Weltweit  
51 muss jeder Mensch unabhängig von seinen finanziellen Ressourcen das Recht auf  
52 die beste medizinische Versorgung haben. Da dieses Ziel unvereinbar ist mit den  
53 Gewinninteressen von Pharmakonzernen, ist eine Entprivatisierung des  
54 Gesundheitsbereichs und eine international koordinierte, nicht gewinnorientierte  
55 Versorgung mit Gesundheitsleistungen unumgänglich.



## **W.M-1-B Antrag zur Mandatsvergabe der Fachforen und der Zuteilung der Bundesarbeitsgemeinschaften**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 01.08.2021  
Tagesordnungspunkt: W.M Mandatsvergabe

### **Antragstext**

1 Die GRÜNE JUGEND hat bis zur nächsten Mandatsvergabe folgende Fachforen:

- 2 • Fachforum Bildung
- 3 • Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus
- 4 • Fachforum Digitales und Medien
- 5 • Fachforum Feminismus und Queer
- 6 • Fachforum Globales und Europa
- 7 • Fachforum Ökologie
- 8 • Fachforum Stadt, Land, Mobilität
- 9 • Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit

10 Die Bundesarbeitsgemeinschaften werden wie folgt den Fachforen zugeordnet:

- 11 • Das Fachforum Bildung delegiert zu der BAG Bildung, BAG Kinder Jugend und  
12 Familie und BAG Wissenschafts-, Hochschul- und Technologiepolitik.
- 13 • Das Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus delegiert  
14 zu der BAG ChristInnen, BAG Demokratie und Recht, BAG Säkulare Grüne, und  
15 BAG Sportpolitik.
- 16 • Das Fachforum Digitales und Medien delegiert zu der BAG Digitales und

17

Medien.

18

- Das Fachforum Feminismus und Queer delegiert zu der BAG Frauenpolitik, BAG  
19 Lesbenpolitik und BAG Schwulenpolitik.

20

21

22

- Das Fachforum Globales und Europa delegiert zu der BAG Europa, BAG  
Friedens- und Internationale Politik, BAG Globale Entwicklung und BAG  
Migration und Flucht.

23

24

- Das Fachforum Ökologie delegiert zu der BAG Energie, BAG Landwirtschaft  
und ländliche Entwicklung, BAG Ökologie und BAG Tierschutzpolitik.

25

26

- Das Fachforum Stadt, Land, Mobilität delegiert zu der BAG Kultur, BAG  
Mobilität und Verkehr und BAG Planen Bauen Wohnen.

27

28

29

- Das Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit delegiert zu der BAG  
Behindertenpolitik, BAG Soziales, Arbeitsmarkt, Gesundheit und BAG  
Wirtschaft und Finanzen.